

Petitionsausschuss
Landtag Rheinland-Pfalz
Deutschhausplatz 12
55116 Mainz

Trier, den 18. März 2010

**Petition an den Landtag Rheinland-Pfalz nach § 11 der Landesverfassung
Rheinland-Pfalz:**

**Ablehnung der Rahmenvereinbarung zwischen der Landesregierung und der
Bundeswehr**

Gegenstand der Petition:

Die UnterzeichnerInnen der Petition fordern eine Aufkündigung der am 25. Februar 2010 beschlossenen Rahmenvereinbarung zwischen dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur und der Bundeswehr über den Einsatz von Jugendoffizieren an den Schulen und in der Lehrerausbildung.

Begründung:

Die UnterzeichnerInnen kritisieren die Vereinbarung zwischen Bundeswehr und Kultusministerium, die die Einbindung von Jugendoffizieren in die politische Bildung an Schulen und bei der Lehrerausbildung vorsieht. Durch diese Kooperation wird unserer Ansicht nach eine einseitige Sichtweise in außen- und sicherheitspolitischen Fragen vermittelt.

Besonders bedenklich ist es, dass eine Vereinbarung in einer so entscheidenden Frage ohne eine demokratisch gebotene gesellschaftliche Debatte und ohne jede Vorankündigung des Bildungsministeriums unterzeichnet wurde.

Die Jugendoffiziere der Bundeswehr sind methodisch-didaktisch darauf geschult, sicherheitspolitische Inhalte zielgruppenorientiert und „jugendgerecht“ zu vermitteln, Inhalte, die keineswegs wertneutral sind. Vor allem beim Thema Auslandseinsätze wird ein Standpunkt vertreten, der nicht nur von uns, sondern auch vom Großteil der deutschen Öffentlichkeit abgelehnt wird¹. Wir haben eine andere Auffassung von Friedenssicherung und Konfliktbewältigung basierend auf Konzepten zur zivilen und gewaltlosen Konfliktbearbeitung und dem Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung.

¹ Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Große Zweifel am Erfolg des internationalen Afghanistan-Einsatzes, Mainz, 29.01.2010, www.forschungsgruppe.de/Umfragen_und_Publikationen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2010/Januar_II/

Besonders deutlich wird die Vermittlung eines militaristischen Weltbildes in dem von Jugendoffizieren mit Schulklassen durchgeführten Planspiel POL&IS, das im Rahmen der Vereinbarung verstärkt an rheinland-pfälzischen Schulen durchgeführt werden soll. POL&IS steht für Politik und internationale Sicherheit, die den Schülerinnen und Schülern in einer Simulation näher gebracht werden sollen. Im Planspiel wird der Einsatz des Militärs inklusive Atomwaffen zum legitimen Mittel der Politik zur Durchsetzung nationaler Interessen beispielsweise der Sicherung von Ressourcen. Die Effekte des Planspiels werden in einem Artikel der Zeit vom Jugendoffizier Christian Rump wie folgt beschrieben: „Es gibt immer welche, die vorletzte Woche noch bei der Hand-in-Hand-Lichterkerette mitgemacht haben und jetzt Krieg führen wollen“².

Über die Vermittlung eines militaristischen Weltbildes an den Schulen hinaus, muss auch noch befürchtet werden, dass die im Rahmen dieser Vereinbarung durchgeführten Veranstaltungen zu einer Werbe- und Rekrutierungsplattform für die Bundeswehr werden. Seit einigen Jahren hat die Bundeswehr ihre Öffentlichkeitsarbeit stark ausgeweitet. Sie ist auf zahlreichen Messen vertreten, kommt mit ihren Bundeswehrtrucks an Schulen, wirbt mit Heeresschauen, Konzerten und öffentlichen Gelöbnissen und bei den Arbeitsagenturen unter den Arbeitslosen um Nachwuchskräfte, hinzu kommen Jugendpressekongresse, Werbeanzeigen (z.B. in Schülerzeitungen) und Truppenbesuche. So ist zu befürchten, dass die Vorträge der Jugendoffiziere an den Schulen nicht alleine dem Zweck der politischen Bildung dienen, sondern auch der Werbung für die Bundeswehr bei potentiellen Rekruten.

Angesichts dieser Gefahren fordern wir den rheinland-pfälzischen Landtag dazu auf, die Rahmenvereinbarung aufzukündigen und damit für eine schulische Bildung im Sinne von §1 Abs. 2 des Schulgesetzes einzutreten, die „zum gewaltfreien Zusammenleben und zur verpflichtenden Idee der Völkergemeinschaft“ erzieht.

Unterzeichner:

² Hartung, Manuel: Krieg oder Frieden, in: DIE ZEIT, 30. April 2003